



Roderich Kiesewetter
Mitglied des Deutschen Bundestages

Verlängerung des Kosovo-Mandats

113. Sitzung vom 19. Juni 2015

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der jetzigen Debatte im Bundestag KFOR Völkerrechtsbruch vorzuwerfen, ist angesichts dessen, was wir zurzeit erleben, eine Verhöhnung der Geschichte und der historischen Tatsachen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der LINKEN) Ich glaube, wir sind uns im Bundestag bis auf wenige Ausnahmen übergreifend einig, dass es uns in den letzten 25 Jahren wirklich gelungen ist, eine Grundstabilität auf dem Balkan zu entwickeln. Überlegen wir einmal: Vor 100 Jahren gingen Mord und Gewalt vom Balkan 10886 Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode – 113. Sitzung. Berlin, Freitag, den 19. Juni 2015 Roderich Kiesewetter (A) (C) (B) (D) aus. Der Erste Weltkrieg hatte dort einen seiner Ausgangspunkte. (Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Was?) Vor 25 Jahren sind Hunderttausende Menschen vom Balkan in den sicheren Schoß Europas geflüchtet, auch und gerade nach Deutschland. Vor 15 Jahren befand sich die NATO in einem Krieg mit Serbien, und wir sind um Haaresbreite an einem intensiveren Konflikt mit Russland vorbeigeschlittert. Heute haben wir erreicht, dass im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung und auch aus Sicht Europas der Balkan eben nicht mehr zur Peripherie Europas gehört. (Zurufe von der LINKEN) Angesichts der Eskalation, die wir gerade am Ostrand Europas erleben, wird uns immer deutlicher, dass ein stabiler Balkan zur Befriedung unseres Kontinents beiträgt. Auch wenn Sie weiterhin nicht zuhören wollen: Es hilft nichts. Sie werden damit keinen Fortschritt erzielen. Fortschritt erreichen wir – Sie haben Willy Brandt zitiert; ich sage das als Christdemokrat – nur durch Versöhnen statt Spalten. Mit Ihren Aufführungen hier versuchen Sie, zu spalten. Aber der Bundestag steht zusammen und unterstützt das KFOR-Mandat. (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der LINKEN: Oh!) Uns ist bewusst: Der Balkan braucht keine Gesamtbetrachtung, sondern auf dem Balkan müssen wir jedes einzelne Land gesondert betrachten. Im Kosovo, einem armen Land mit einem Durchschnittseinkommen von 2 800 Euro, einer Jugendarbeitslosigkeit in Höhe von 40 Prozent und einer Regierung, die dieses Land letztes Jahr über nahezu ein halbes Jahr im Stich gelassen und jetzt mühsam zu einer Koalition gefunden hat, müssen wir uns mit ganz großem Augenmerk um Rechtsstaatlichkeit, die Bekämpfung organisierter Kriminalität und die Bekämpfung des zunehmenden Islamismus kümmern. In Albanien haben wir ein schwächelndes Justizsystem und ebenfalls Herausforderungen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Herstellung der Rechtsstaatlichkeit. In Mazedonien – der Kollege Beyer hat es beim letzten Mal angesprochen – versuchen Kräfte, den gesamten Balkan zu destabilisieren, indem sie interethnische Konflikte wieder in den Vordergrund tragen. Auf der anderen Seite haben wir ein Serbien, von dem vor 25 Jahren Gewalt ausging und das heute versucht, mäßigend in der Region zu wirken. Hier geht es mir um Folgendes: Wir sollten mit aller Kraft darauf hinwirken, dass die Staaten des Balkans nur gemeinsam die Chance haben, in die Europäische Union zu kommen, damit es hier nicht um einen Wettbewerb der besten Staaten geht, sondern darum, dass diese Länder sich in einer Art Geleitzug untereinander unterstützen. Aussöhnung ist das Entscheidende. Wie können wir das

schaffen? Indem wir die KFOR-Mission fortsetzen. Sie merken: Ich gehe gar nicht direkt auf die KFORMission ein. Wir sind jetzt in der 32. Mandatsdebatte seit 1999. Ich glaube, wir sind uns, was das Mandat angeht, einig. Die Ergebnisse der Rühe-Kommission werden zeigen – fünf Parlamentarier waren ja Mitglied in dieser Kommission –, dass wir uns künftig auch stärker über die sicherheitspolitische Ausrichtung unseres Landes und der EU unterhalten müssen, statt jedes einzelne Mandat im Detail zu beleuchten. Es gehört aus meiner Sicht ganz intensiv dazu, dass wir für den Balkan Stabilität schaffen. Das kann dahin führen, dass das KFOR-Hauptquartier auf längere Sicht zu einem gemeinsamen Hauptquartier unter Beteiligung der sechs Staaten des westlichen Balkans, die noch nicht Mitglied der EU sind, wird, dass wir also Inklusivität vorantreiben, dass wir dabei den Aussöhnungsprozess vorantreiben und Rechtsstaatlichkeitsmissionen unterstützen. Dazu gehört übrigens, dass auch EULEX den Ansprüchen, die wir an diese Länder stellen, gerecht werden muss und dass wir auch im Bereich von EULEX Korruptionsbekämpfung im eigenen Hause stärker durchsetzen müssen. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU) Wenn es um die Sicherheit geht, müssen wir auch auf die Bereiche wirtschaftliche Stabilität, Arbeitslosigkeit und Korruptionsbekämpfung setzen. Das machen wir, indem wir Aussöhnungsprogramme unterstützen und indem wir Bildungsprogramme unterstützen. Wir sollten uns auch parlamentarisch Gedanken machen – dabei sollten wir allerdings nicht der uneingeschränkten Visaliberalisierung das Wort reden –, wie wir ganz gezielt bestimmte Bevölkerungsgruppen, Wissenschaftler und Unternehmungen mit Visaerleichterungen unterstützen können, um den Austausch der jungen Generation mit Mitteleuropa fortzusetzen und zu befördern. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend sagen: Mit KFOR stabilisieren wir die Region. Mit KFOR schaffen wir auch den Anker für eine stärkere sicherheitspolitische Integration. Aber die zivilgesellschaftlichen Anstrengungen, wie wir sie 2003 in Thessaloniki beschlossen haben, müssen zukünftig zunehmend in den Vordergrund. Überlassen wir den Balkan nicht reaktionären Gestaltungsmächten. Gestalten wir selbst als Deutsche und als Europäer. Herzlichen Dank. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD) Vizepräsident Peter Hintze: Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort dem Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Fraktion Die Linke. Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herr Kiesewetter, ich möchte zwei Aussagen von Ihnen nicht unwidersprochen hier stehenlassen. Ich glaube auch, dass Sie selber Ihre Aussagen nicht zu Ende gedacht haben. Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode – 113. Sitzung. Berlin, Freitag, den 19. Juni 2015 10887 Wolfgang Gehrcke (A) (C) (B) (D) (Volker Kauder [CDU/CSU]: Na, na!) – Ja, ich glaube es. Das muss ja nicht so sein. Die Aussage, dass der Erste Weltkrieg seinen Ausgangspunkt auf dem Balkan gehabt hat, ist derartig skandalös, weil sie die militante, aggressive Politik des Deutschen Kaiserreiches ausblendet. (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) Die deutsche Großmachtspolitik, Flottenausrüstungsprogramme und die Unterdrückung der inneren Opposition in Deutschland sind die Ausgangspunkte. 1933 hatte auch seinen Ausgangspunkt in 1914, letztendlich auch der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Wer Geschichte so umfälscht, wie es gerade passt, tut sich selbst und unserem Land überhaupt keinen Gefallen. Anzuerkennen, dass der deutsche Militarismus für den Ersten Weltkrieg verantwortlich ist, ist das Mindeste, was gemeinsame Einstellung hier im Hause sein muss. (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Rolf Mützenich [SPD]) – Es war das Argument eines Teiles der Sozialdemokratie, dass der Erste Weltkrieg geführt worden ist, um den russischen Zaren zu stürzen. Dieses Argument ist zigfach widerlegt worden, lieber Kollege Mützenich. Lesen Sie einmal die Protokolle der Zimmerwalder Konferenz nach. Das lohnt sich heute. Das waren noch Sozialdemokraten und nicht Angepasste. Das zweite Argument – ich bitte Sie, ernsthaft darüber nachzudenken – ist: Wollen Sie wirklich ein Parlament, das Opposition nicht mehr will? (Florian Hahn

[CDU/CSU]: Wir wollen ein gescheites Parlament!) Soll die große Übereinstimmung im Parlament, die Sie ausgerufen haben, die Regel werden? Wer den Widerspruch nicht will, der will keine Demokratie. Das ist das Entscheidende. Widerspruch hat etwas mit Demokratie zu tun. Das verfechte ich. (Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Halten Sie diese Rede mal in Russland!) Die vielen Menschen in unserem Land – mittlerweile ist es die Mehrheit –, die keine deutschen Militäreinsätze wollen, müssen im Parlament eine Vertretung haben, damit Demokratie in diesem Land eine Chance hat. (Volker Kauder [CDU/CSU]: Die halten Sie im Zweifel nur einmal!) Denken Sie bitte einmal über die beiden Aussagen nach. (Beifall bei der LINKEN) Vizepräsident Peter Hintze: Zur Erwidern gebe ich dem Kollegen Roderich Kiesewetter, CDU/CSU-Fraktion, das Wort. Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie mir genau zugehört hätten – ich glaube, das ist Ihnen in der Geräuschkulisse Ihrer Fraktion nicht gelungen –, hätten Sie gehört, dass ich gesagt habe: einer der Ausgangspunkte. Das Attentat von Sarajevo war der Auslöser. Darüber, dass die Ursachen vielfältig sind, sind wir uns einig. Aber der serbische Nationalismus seinerzeit war der wesentliche Punkt, der die anderen Kräfte in den Krieg getrieben hat. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD) Vielleicht haben Sie das Buch Die Schlafwandler von Christopher Clark nicht gelesen. Es arbeitet in herausragender Art und Weise heraus, wie die Ursachen waren. Lassen wir das einmal ganz beiseite. Ich weiß, woher Sie kommen, und ich habe Respekt vor Ihrer Sozialisation. Der zweite Punkt, den Sie genannt haben, ist noch deutlich gravierender. Wenn eine Opposition ihre Rechte wahrnehmen möchte, dann hört sie zu und setzt gezielt Akzente, (Heike Hänsel [DIE LINKE]: Ach so!) dann begeistert sie den Rest des Parlaments, nämlich die Mehrheit, mit Initiativen, dann beteiligt sie sich an entscheidenden Punkten. Sie haben sich an der Rüge-Kommission nicht beteiligt. Sie haben sich auch in nachträglichen Bereichen verweigert. Sie haben allerdings Gespräche mit den Repräsentanten der Kommission, Volker Rüge und Walter Kolbow, geführt, denen ich beiden an dieser Stelle ausdrücklich danke. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie mir Gelegenheit geben, den Dank an diese beiden deutlich auszusprechen. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD) Lassen Sie mich abschließen. Wenn Sie als Opposition konstruktiv mitwirken wollen, dann übernehmen Sie die Aufgabe, zu kontrollieren. Diese Rechte haben Sie; sie werden durch die Rüge-Kommission sogar noch eindeutig gestärkt. Es hilft uns hingegen überhaupt nicht, wenn Sie Beiträge anderer durch Getöse, Lärm und zeitweise auch durch das Hochhalten von Plakaten unterbinden. Das ist keine Oppositionsarbeit, das ist Polemik. Herzlichen Dank. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Unruhe bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU], an DIE LINKE gewandt: Ruhe jetzt!) Vizepräsident Peter Hintze: Nachdem die historischen Streitfragen unterschiedlich dargestellt wurden, darf ich darum bitten, dem nächsten Redner zu lauschen. – Danke schön